Baden-Württemberg

Land plant Gesetz zur CO2-Speicherung

[10.11.2026] Baden-Württemberg bereitet ein Landesgesetz vor, das die unterirdische Speicherung von CO? an Land ermöglichen soll. Es soll Branchen mit schwer vermeidbaren Emissionen neue Optionen eröffnen; ein Bürgerforum soll den Gesetzgebungsprozess begleiten.

Baden-Württemberg will die unterirdische Speicherung von CO? an Land ermöglichen und bereitet dafür ein eigenes Landesgesetz vor. Wie das Wirtschafts- und das Umweltministerium des Landes mitteilen, entsteht das sogenannte Opt-in-Gesetz unter Federführung des Umweltministeriums. Nach Angaben der Ministerien hat der Bund mit dem Kohlendioxid-Speicherung-und-Transport-Gesetz die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Baden-Württemberg will nach eigener Darstellung als erstes Bundesland ein entsprechendes Landesgesetz auf den Weg bringen.

Das Land sieht vor allem in der Zement- und Kalkindustrie sowie in der Abfallwirtschaft Bedarf für die CO?-Speicherung. Michael Münter, Amtschef des Umweltministeriums, verwies dabei auf die sechs Zementwerke in Baden-Württemberg. Das geplante Gesetz soll diesen Branchen nach seinen Worten zusätzliche Möglichkeiten auf dem Weg zur Klimaneutralität bieten. Vorrang hätten die weitere Elektrifizierung von Prozessen und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Auch Michael Kleiner, Amtschef des Wirtschaftsministeriums, betonte den Vorrang der Vermeidung und Reduktion von CO?-Emissionen. Wo dies technisch nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich sei, benötigten Unternehmen zusätzliche Lösungen. Carbon Management soll aus Sicht des Ministeriums dazu beitragen, industrielle Investitionen und Produktion im Land zu sichern.

Ein geplantes Bürgerforum soll den Gesetzgebungsprozess begleiten. Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Baden-Württemberg sollen Empfehlungen an die Landesregierung erarbeiten. Damit will das Land unterschiedliche Perspektiven, Chancen und Bedenken frühzeitig berücksichtigen. Die Organisation übernimmt die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung des Landes.

Die Pläne waren Thema einer gemeinsamen Veranstaltung der beiden Ministerien in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin. Mehr als 80 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden, Umweltschutzorganisationen und Politik diskutierten dort über rechtliche Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Perspektiven und gesellschaftliche Akzeptanz. Anregungen aus der Veranstaltung sollen auch in die Vorbereitung des Bürgerforums einfließen.

(th)

Stichwörter: Klimaschutz, Politik, Baden-Württemberg, CO2-Speicherung